

**Auszug aus der Niederschrift
30. Sitzung des Rates der Stadt vom 07.07.2025**

- 22.7 Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein
A/17/6857-01
abgelehnt**

Zur gemeinsamen Beratung mit der Antragsdrucksache A/17/6857-01 der LINKE.LISTE-Fraktion ruft **OB Schranz** den dazu eingegangenen Änderungsantrag A/17/6857-02 der Fraktion DIE GRÜNEN auf. Er teilt mit, dass der Antrag der LINKE.LISTE-Fraktion im Sozialausschuss, im Umweltausschuss und im Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss ohne Votum vorberaten worden ist. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN liegt erstmals zur heutigen Ratssitzung vor. **Frau Marx** begründet den Antrag für die LINKE.LISTE-Fraktion. Anschließend zeigt **Stadtv. Girrullis** die Gründe für den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf. An der folgenden Diskussion beteiligen sich **Stadtv. Kempkes, Frau Stadtv. Bongers, Stadtv. Osmann, Stadtv. Karacelik, Stadtv. Lütte** und **Stadtv. Hoff**. **OB Schranz** stellt schließlich fest, dass der Antragsteller erklärt hat, die Formulierung aus dem Änderungsantrag übernehmen zu wollen, sodass er nunmehr über den Antrag der LINKE.LISTE-Fraktion in der Fassung des Änderungsantrags der Fraktion DIE GRÜNEN abstimmen lässt.

Der Rat der Stadt – mit Beteiligung des Oberbürgermeisters – lehnt mit großer Mehrheit – mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe FDP im Rat und der Gruppe BOB im Rat die Antragsdrucksache A/17/6857-01 der LINKE.LISTE-Fraktion in der Fassung der Änderungsantragsdrucksache A/17/6857-02 der Fraktion DIE GRÜNEN ab.